Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf · Nr 89 · B 44 SONNABEND, 21. FEBRUAR 1931 ABEND-AUSGABE · V

Weltkampf der Oelmächte

Interview mit Amerikas Petroleumkönig

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 21. FEBRUAR

Präsident Teagle von der Standard Oil Co. of New Jersey, als Hauptvertreter des 92jährigen Rockefeller im Standard Oil Konzern der mächtigste Mann in der amerikanischen Oelindustrie, gab mir heute in einer längeren Unterredung wichtige Erklärungen über die Lage des Petroleumgeschäfts und die amerikanische Oelpolitik ab.

Teagle wandte sich entschieden gegen die Abdrosselung der Oelinfuhr, wie sie von den kleinen Gesellschaften gewünscht und in Washington geplant wird. Die Vereinigten Staaten exportieren für 500 Millionen Dollar und importieren für 130 Millionen Dollar Petroleum. Trotzdem liege eine Einfuhrsperre nicht in ihrem Interesse. Das von Amerika ferngehaltene ausländische Oel würde auf dem übrigen Weltmarkt Absatz suchen und damit den amerikanischen Export schädigen. Gegenmaßnahmen anderer Länder wären zu erwarten. Aus denselben Gründen wandte sich Teagle auch gegen den Petroleumzoll.

Eine internationale Einschränkung der Oelproduktion hält er zwar nicht für unmöglich, aber praktisch für schwer durchführbar. Neben gesetzlichen bestehen auch wirtschaftliche Hemmungen. Eine Produktionsregelung müßte eine Ablaßregelung auf besonders umkämpften Märkten nach sich ziehen. Dabei würde z. B. Niederländisch-Indien jetzt eine Domäne der amerikanischen Standard Oil, dem englisch-holländischen Shell-Konzern zufallen.

Weitere Schwierigkeiten bereite der steigende russische Oelexport.

Teagle hält Rußland nicht für „ölbündnisfähig"

Die Beziehungen der Standard Oil New Jersey zu Rußland seien friedlich, da überhaupt keine Beziehungen bestünden. Das Abkommen der Standard Oil of New York und der Vacum Oil mit der Sowjet-Union gehe die Standard Oil of New Jersey nichts an.

Insgesamt seien die Vorbedingungen für eine Besserung der Preise schlecht. Teagle hält eine weitere Baisse für wahrscheinlich.

Eine neue Konzentration innerhalb der Standard Oil Trusts sei trotz des jüngsten günstigen Gerichtsurteils nicht geplant. Der Wiederaufbau des alten gesprengten Trusts sei gesetzlich noch unmöglich.

R. L—n.

Snowdens Budgetsorgen

Bericht der Vossischen Zeitung

LONDON, IM FEBRUAR

1929-30 hat das englische Budget mit einem Fehlbetrag von 15 Mill. Pfd. Sterl. geendet und für das laufende, am 31. März 1931 schließende Etatjahr hat Schatzkanzler Snowden selbst bereits einen mutmaßlichen Fehlbetrag von zwischen 40 und 50 Mill. Pfd. Sterl. angekündigt.

Diese Prophezeiung Snowdens, zu der sich seine Aeußerungen über eine „sehr ernste Finanzlage" gesellen, hat in ganz England zu einer ausgesprochenen „Budgetfurcht" geführt. Als der Schatzkanzler dem Parlament in der vorigen Woche eröffnete, daß das im April vorzulegende Budget für 1931/32 „Opfer fordern werde", hat er mit dieser düsteren Ankündigung große Bestürzung nicht nur in der parlamentarischen Opposition, sondern auch in eigenen Parteikreisen hervorgerufen. Snowden, von der Haager Reparationskonferenz her als „eiserner Schatzkanzler" bekannt — und damals sogar beliebt —, hat sich dieser Tage hinsichtlich dieser pessimistischen und geheimnisvollen Budgetprognose vor seiner eigenen Fraktion zu verantworten gehabt.

Der Schatzkanzler hat es abgelehnt, die Fragen seiner Parteifreunde über eine nähere Erläuterung des Anspruchs, daß Opfer gebracht werden müßten, zu beantworten. Er hat lediglich seine Ausführungen betont, wonach die englische Arbeiterpartei einsehe, daß die direkte Kapitalbesteuerung in England nicht erhöht werden könne, wolle man nicht den auf Export angewiesenen englischen Wirtschaftsapparat in gefährlichster Weise aufs Spiel setzen. Snowden soll sogar in der Geheimsitzung der Fraktion geäußert haben, daß er sich gegenwärtig sehr eingehend mit dem Ausspruch Bismarks „aus physiologischen Gründen werde ich es mit indirekten Steuern versuchen" befasse.

Davon ganz abgesehen jedoch geht aus der sehr ernsten englischen Budgetlage bereits jetzt ziemlich klar hervor, daß das kommende Budget Snowdens eine Ueberraschung — und zwar für England eine sehr unliebsame Ueberraschung — enthalten wird. Und zwar dürfte es sich hierbei um eine rigorose Attacke Snowdens auf den Großgrundbesitz handeln. Es kann nicht überraschen, daß derartige Erwartungen ganz besonders in konservativen Kreisen zu einer großzügigen Anti-Snowden-Propaganda Anlaß gegeben haben. In Kreisen der Arbeiterpartei würde man mit einem derartigen Schritt des Schatzkanzlers aber zweifellos übereinstimmen, während die Arbeiterregierung allerdings mit einer dahingehenden Budgetvorlage die parlamentarisch benötigte Unterstützung der Liberalen größtenteils verlieren würde.

Wie man bei parlamentarischen Parteigenossen des Schatzkanzlers schnell erfahren kann, kann sich Snowden selbst hier keiner großen Sympathie erfreuen. Der Schatzkanzler steht jedoch seinen Mann und hat erst kürzlich der Opposition englischer Wirtschaftsführer erklärt, daß, wenn das neue Budget nicht wirklich durchgreifende Maßnahmen (Snowden gebrauchte hier wieder das Wort Opfer) enthalten wird, England in sechs Monaten da sein wird, wo Australien heute ist. Das heißt Infragestellung des Schuldendienstes, Inflation, politische Zerrüttung und erbitterte Lohnkämpfe. Gleichzeitig hat Snowden auf die Kritik des abtrünnigen und radikalen Sir Oswald Mosley dahingehend erwidert, daß er, Snowden, gerne bereit sei, sein Schatzamtportefeuille an jemanden, der es „besser kann", abzutreten. Der Schatzkanzler hat aber, wie kaum anders zu erwarten war, das Vertrauen seiner Partei ausgesprochen erhalten und ist sich bewußt, daß nicht nur er selber, sondern das gesamte gegenwärtige Regime der Arbeiterpartei eine Lebensfrist bis zur Budgetvorlage gesetzt bekommen hat.

Wenn, wie beinahe mit Sicherheit anzunehmen ist, das Motto des neuen Budgets „Bodenbesteuerung" ist, würde England damit in ein neues Entwicklungsstadium eintreten, und gleichzeitig mit einer dahingehenden Budgetpolitik würde sich die Arbeitslosenbekämpfung der englischen Regierung grundlegend ändern. Es ist nämlich schon mehr als ein offenes Geheimnis, daß Schatzkanzler Snowden mit dem kürzlich ausgesprochenen Beschluß der Hinausschiebung öffentlicher Arbeiten im Rahmen der Arbeitslosenbekämpfung angesichts der „ernsten Finanzlage" bereits mit dem Problem der Bodenbesteuerung gerechnet hat. Die Regierung hat z. B. den Plan eines neuen Brückendaus über die Themse im Herzen Londons nicht zur praktischen Durchführung kommen lassen, weil die veranschlagten Baukosten von 16 Millionen Pfund Sterling keineswegs als produktive Arbeitslosenunterstützung angesehen werden können, da der Großgrundbesitz zu etwa zwei Drittel der veranschlagten Kosten profitieren würde. Snowden hat klar durchblicken lassen, daß seine Regierung, erst wenn diesem Uebel des „Großgrundbesitzes als Zwischenhändler" abgeholfen wird, in der Lage sein wird, diejenigen Nicht-

Der Schuß vor der Oper

Das Attentat auf Achmed Zogu

Wien ist ein heißer Boden. Die Emigranten sämtlicher Balkanländer treffen sich dort, bilden ihre Klubs und Zirkel und arbeiten am Sturz des Systems, das sie vertrieben hat. Es gehört schon Mut dazu, wenn der albanische König und Diktator, Achmed Zogu, der augenblicklich in Wien zu ärztlicher Behandlung weilt, sich eine Loge in der Oper mietet, um sich den „Bajazzo" anzusehen. Der Ausgang war nicht zu erwarten, aber er war auch nicht unmöglich. Ein Toter und ein Schwerverwundeter blieben auf dem Platze, und der König entging nur mit knapper Not einem Schicksal, das ihm zugedacht war.

Ueber den Vorgang wird aus Wien ergänzend nach folgendes berichtet: Der albanische König verließ nach Schluß der Vorstellung die Oper und begab sich nach seinem in der Operngasse bereitstehenden Auto. Er hatte schon in dem Wagen Platz genommen, ebenso sein Hofminister, Oberst Libohowa. Nur sein Adjutant, Major Popola, stand auf dem Trittbrett, als zwei elegante Herren in Smokinganzügen, sich vordrängend, mehr als ein Dutzend Schüsse auf das Auto abgaben. Popola sank blutüberströmt zu Boden, und Minister Libohowa, der sich erhoben hatte, erhielt einen Schuß in den linken Unterschenkel.

Das Verhör der beiden Attentäter, die sofort festgenommen wurden, gestaltete sich sehr dramatisch. Sie legitimierten sich als die früheren albanischen Offiziere Hauptmann Pjelossi und Oberleutnant Azis Kamis. Haupt Pjelossi behauptet, daß er nur zufällig an der Oper vorbeigekommen sei und erst, als er das Auto mit seinem politischen Gegner erblickt habe, die Waffe gezogen habe. Er habe keinesfalls im Einvernehmen mit dem zweiten Attentäter gehandelt.

Ganzim Gegenfaß dazu sagte der albanische Offizier Azis Kamis aus, er habe bereits am Donnerstag im Operncafé mit Pjelossi den Entschluß zum Attentate gefaßt. Sie seien beide Anhänger der albanischen Partei des früheren Ministerpräsidenten und Bischofs Fan Noli und betrachteten die Regierung Zogu als für ihr Vaterland verhängnisvoll. Gestern abend hätten sie das Mietsauto des Königs vor der Oper erkannt. Auf Veranlassung Pjelossis sei er nach seiner Wohnung gefahren, um seinen Revolver zu holen. Als der König das Auto bestiegen hatte, habe er gemeinsam mit Pjelessi das Feuer auf Zogu und seine Begleitung eröffnet. Beide zeigten keine Reue.

Man darf den jungen albanischen Herrscher dazu beglückwünschen, daß er den Kugeln entgangen ist. Achmed Zogu hat zwar sein Land ganz dem italienischen Einfluß anheimgegeben, aber er hat Ordnung im Innern geschaffen und eine Stabilisierung Albaniens erreicht, wie sie seit langem nicht existierte. Daß dieser Posten, den er an sich gerissen hat, exponiert ist, weiß der König, und daß er nicht ungefährlich ist, hat er im eigenen Land oft genug zu spüren bekommen. Die Wiener Polizei hat sicherlich alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um den Aufenthalt des albanischen Diktators zu sichern, aber was einige entschlossene Männer trotzdem vermögen, ist sicherlich dem nicht unbekannt, der selbst früher im südslawischen Exil lebte und die Emigrantenpsychologie kennenlernte.

Mussolini hat für die italienische Regierung König Zogu sofort telegrafisch zur Rettung von dem Attentat beglückwünscht. Man erklärt in Rom, daß König Zoug nach diesem Vorfall seinen Aufenthalt in Wien abkürzen und sich bald in die am Comer See für ihn gemietete Villa auf italienischen Boden begeben werde, wo er sich vor derartigen Anschlägen sicherer fühlen dürfte. Sicher ist vor diesen Zwischenfällen niemand. Der König teilt das Schicksal aller derer, die erst einmal zum Schwert gegriffen haben und über denen es nun in Zukunft selber hängt.

Billiges Geld für Landwirtschaft

Die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning, an denen auch der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte Reichsbankpräsident Dr. Luther teilnehmen konnte, wurden heute fortgesetzt. Im Vordergrund der Erörterung standen die genossenschaftlichen Probleme, die gestern mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Reichskanzlei ausführlich durchgesprochen waren. Für Anfang der nächsten Woche ist eine eingehende Aussprache der zuständigen Stellen mit dem Ziel der Zinsverbilligung in Aussicht genommen.

Die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts werden Montag fortgesetzt.

Tarifkündigung bei der Reichsbahn

Die Paragraphen des Lohntarifvertrages der Reichsbahn, die die Lohnhöhe regeln, sind zum 1. April gekündigt worden.

An diesem Termin wurde der Vertrag, der 1929 auf zwei Jahre geschlossen wurde, zum ersten Male kündbar. Die Gewerkschaften, die mit der Kündigung gerechnet hatten, werden demnächst von der Reichsbahngesellschaft zu Verhandlungen eingeladen werden.

Kellogg gegen Kriegsalarm

Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg wandte sich gegen die in letzter Zeit von amerikanischen Touristen, die sich eine oder zwei Wochen in Europa aufhielten, mitgebrachten Gerüchte, daß Europa von einem neuen Krieg bedroht sei. Jeder vernünftige Mensch, der mit der politischen Lage Europas wirklich vertraut sei, wisse, daß der Friede der europäischen Völker nicht gefährdet sei.